

Raul Zelik

Die Privatisierung des Terrors

Transnationale Unternehmen, Weltmarktintegration und der Krieg gegen die soziale Opposition in Kolumbien

Beitrag zu "Unsere Welt ist keine Ware" von Christine Buchholz u.a. (Hg.), 2002 im Verlag Kiepenheuer & Witsch

Dass die Globalisierung in ihrer jetzigen Form den Bewohnern 'des Südens' die Perspektive eines menschenwürdigen Daseins eröffnet, wagt heute - da selbst der IWF kritisch auf das wachsende internationale Reichtumsgefälle verweist - kaum noch jemand ernsthaft zu behaupten. Doch die Vertiefung der sozialen Widersprüche ist nicht der einzige Grund, warum man gegen das Globalisierungsprojekt der Mächtigen Widerstand leisten sollte. Mindestens ebenso wichtig - und in der Öffentlichkeit relativ wenig berücksichtigt - ist die Tatsache, dass die für die „Herstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit notwendigen Modernisierungsmaßnahmen“, wie es im Neu-Speak der Börsenmagazine heißt, an vielen Orten der Welt mit Mitteln durchgesetzt werden, die man nur als terroristisch bezeichnen kann.

Besonders drastisch zeigt dieser Zusammenhang zwischen Modernisierung und Gewalt in Kolumbien, wo ein wahrer Vernichtungsfeldzug gegen alle Arten sozialer Organisation von unten geführt wird. Im Dienst einer illustren Allianz aus Großgrundbesitz, Drogenhandel, Armee und transnationalen Unternehmen ermorden Todesschwadronen in dem südamerikanischen Land *jedes* Jahr so viele Oppositionelle wie die chilenische Pinochet-Diktatur in den 17 Jahren ihrer Macht zusammengezählt. Die unglaubliche Brutalität der kolumbianischen Verhältnisse wird in Medienberichten und wissenschaftlichen Studien meist mit landestypischen Eigenheiten erklärt - der verbreiteten Gewaltkultur oder der langen Geschichte bewaffneter Aufstände. Doch ein genauerer Blick macht deutlich, dass der kolumbianische Paramilitarismus zwar eine spezifisch nationale Form besitzt, aber gleichzeitig ein ökonomisches Projekt verfolgt, das den Vorgaben von IWF und Weltbank in jeder Hinsicht entspricht: Investitionssicherheit für transnationale Unternehmen, Durchsetzung von Privatisierungsprogrammen, Durchdringung von bisher nicht oder wenig entwickelten Wirtschaftsräumen, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen. Der Paramilitarismus ist ein hässlicher, aber wichtiger werdender Aspekt der Globalisierung. Im Rahmen der allerortens angemahnten Entstaatlichung entstehen heute in vielen Teilen der Welt privat finanzierte Söldnertruppen, die unberührt von moralischen oder politischen Einwänden die Durchsetzung neoliberaler Politik garantieren. Für die von ihnen begangenen Menschenrechtsverbrechen scheint es keine Verantwortlichen mehr zu geben: der Staat wäscht seine Hände in Unschuld, die Unternehmen wissen von nichts (im Fall, dass es sich um illegale Truppen handelt) oder verweisen (im Fall legaler Wachschutzunternehmen) darauf, dass die angeheuerten Sicherheitstruppen völlig selbständig agieren. Auf diese Weise beschleunigt paramilitärischer Terror Privatisierungen, und gleichzeitig wird der Terror privatisiert. Repressionsaufgaben, die früher zu hohen politischen Kosten von staatlichen Sicherheitsorganen übernommen wurden, werden heute von Söldnertruppen ausgeübt, die außerhalb jeder politischen Sphäre zu stehen scheinen.

Ein ganz normaler Sommer bei *Coca Cola*-Kolumbien

Bei *Coca Cola*-Kolumbien kann man sehen, was das für die Betroffenen heißt. In den Abfüllanlagen der formal von *Coca Cola* unabhängigen, de facto aber über Kapitalanteile an den US-Konzern gebundenen kolumbianischen Firma *Panamco* tobt ein regelrechter Krieg gegen die Gewerkschaften. Einige Fälle aus zwei willkürlich gewählten Monaten des Jahres 2001:

* Im Juni werden die ArbeiterInnen auf Zwangsversammlungen dazu aufgefordert, auf ihre bisherigen Arbeitsverträge zu verzichten. Einige ArbeiterInnen, die sich weigern, werden entlassen. Insgesamt baut das Unternehmen auf diese Weise in kurzer Zeit mehr als 1000 feste Stellen ab oder verwandelt sie in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. * Am 21. Juni 2001 wird der *Coca Cola*-Arbeiter Oscar Darío, just an einem internationalen Aktionstag zum Gedenken an die Menschenrechtsverletzungen bei *Coca Cola* in Guatemala, in Montería / Nordkolumbien erschossen. * Am 30. Juni fordert der Sicherheitschef bei *Coca Cola* in Medellín, ein Kapitän der Armee im Ruhestand, die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb auf, sich bei den Tarifverhandlungen zurückzuhalten und unterstellt ihnen Verbindungen zur Guerilla - in Kolumbien eine unverhohlene Todesdrohung. * Am 13. Juli beschuldigt der Geschäftsführer von *Coca Cola* in Bucaramanga / Nordostkolumbien Carlos Cañas die Führer der Ernährungsgewerkschaft SINALTRAINAL wegen ihrer Kritik an *Coca Cola* der Verleumdung und der Gründung einer kriminellen Vereinigung. * Ebenfalls am 13. Juli gehen Todesschwadronen vor dem Haus des SINALTRAINAL-Präsidenten in Barrancabermeja Juan Carlos Galvis in Stellung. * Vom 21. bis 23. Juli lassen die Abfüllunternehmen ihre ArbeiterInnen in ganz Kolumbien Blankopapiere unterschreiben, die danach als gewerkschaftskritische Briefe der Belegschaft präsentiert werden. * Am 22. Juli werden der Gewerkschafter Galvis und seine Ehefrau von Todesschwadronen durch Barrancabermeja verfolgt. * Am 3. August taucht ein Paramilitärkommando ebenfalls in Barrancabermeja beim SINALTRAINAL-Aktivist William Mendoza auf, der sich jedoch nicht zu Hause befindet. Zur gleichen Zeit wird die Ehefrau von Juan Carlos Galvis von Todesschwadronen kurzzeitig entführt. * Am 13. des gleichen Monats wird ein *Coca Cola*-LKW östlich von Medellín gestoppt. Die Paramilitärs erklären den Fahrern, dass man ein Problem mit der Gewerkschaft habe und diese sich zu einem Gespräch zur Verfügung zu stellen habe. * Am 21. August stehen Paramilitärs vor dem Wohnhaus des Präsidenten von SINALTRAINAL in der Karibikstadt Barranquilla, Osvaldo Camargo. Einen Tag später nähert sich Killerkommando dem Gewerkschafter und zückt eine Waffe. Camargo kommt nur deshalb mit dem Leben davon, weil unerwartet ein Passant auftaucht. Die Liste ist endlos. Mehr als 120 Angriffe hat die Ernährungsgewerkschaft SINALTRAINAL seit 1990 protokolliert: Ermordungen, Entführungen, Drohanrufe, inszenierte Terrorismusverfahren. In der von Armee und Paramilitärs besonders streng kontrollierten nordkolumbianischen Region Urabá wurde die Gewerkschaft sogar im wörtlichen Sinne physisch eliminiert. Im Dezember 1996 ermordeten „Unbekannte“ den regionalen SINALTRAINAL-Sekretär Isidro Segundo Gil, ein weiterer Funktionär konnte einer Entführung nur knapp entkommen. Das Gewerkschaftsgebäude in der Stadt Carepa wurde in Brand gesetzt, die ArbeiterInnen des Unternehmens von Bewaffneten gezwungen, „bis 4 Uhr nachmittags aus der Gewerkschaft auszutreten“. Dabei ist *Coca Cola* kein Einzelfall. Eine gängige Bemerkung lautet, dass es in Kolumbien gefährlicher ist, einer Gewerkschaft beizutreten als einer Guerillaorganisation. Tatsächlich sterben nirgends sonst in der Welt so viele Gewerkschaftsaktivisten durch Anschläge wie in Kolumbien, wo im vergangenen Jahr mehr als 150 Mitglieder des Dachverbandes CUT ums Leben kamen. SINALTRAINAL, hauptsächlich bei Nestlé und *Coca Cola* aktiv, ist vor diesem Hintergrund im Verlauf der 90er Jahre von einst 5300 auf 1800 Mitglieder zusammen geschrumpft. Die übrig gebliebenen AktivistInnen leben in Angst, Funktionäre können sich nur in Begleitung von Leibwächtern auf die Straße trauen. Die Verhältnisse sind so unerträglich geworden, dass die US-amerikanische Gewerkschaft *United Steel Workers* im Jahr 2000 in Florida / USA eine Anzeige gegen *Coca Cola* eingereicht hat und internationale Unterstützer für die zweite Jahreshälfte 2002 öffentliche Meinungstribunale gegen den Konzern in Atlanta / USA, Brüssel und Bogotá organisieren.

Massaker und Weltmarktintegration

Das Gesicht des Terrors hat sich in Lateinamerika geändert. Während es in den 80er Jahren in Mittelamerika vorrangig um Aufstandsbekämpfung ging und sich die Militärs in den Bürgerkriegen El Salvadors und Guatemalas darauf konzentrierten, dem „Fisch das Wasser“ zu entziehen, indem sie die Zivilbevölkerung vertrieben und somit die Guerilla isolierten, üben die Paramilitärs in Kolumbien heute zunehmend die Funktion aus, die

Verwertungsbedingungen für das einheimische und transnationale Kapital zu optimieren. Tatsächlich sind die Regionen, in denen die Paramilitärs aktiv sind, weit gehend mit jenen identisch, die für den Weltmarkt von Belang sind. Auf den Bananenplantagen Urabás beispielsweise begannen die Paramilitärs 1987 eine Offensive, bei der Hunderte von Aktivisten der SINTRAINAGRO-Gewerkschaft ums Leben kamen und die letztlich dazu führte, dass die Gewerkschaft vom politischen Arm der Paramilitärs übernommen werden konnte. Als Folge davon wird heute auf den Plantagen - nachdem Ende der 80er Jahre der Achtstundentag durchgesetzt worden war - im Durchschnitt wieder 11 Stunden täglich gearbeitet. Ähnlich im Umfeld der Erdölfelder im ostkolumbianischen Casanare: Dort tauchten die Paramilitärs just zu dem Zeitpunkt auf, als der Ölmulti *British Petroleum* anfang, die dortigen Ölvorkommen zu erschließen. Zur Sicherung des Projekts nahm BP Mitte der 90er Jahre das britische Söldnerunternehmen *Defence Systems Limited* unter Vertrag, das ein Spitzelnetz in der Nähe der Erdölanlagen aufbaute, Bestechungsgelder an Polizeibeamte zahlte und mit dem international gesuchten paraguayischen „Sicherheitspezialisten“ Oscar Ricardo Zayas Marini ein Schutzkonzept für den Bau der Pipeline Yopal-Coveñas entwickelte. In der als „roten Zone“ bezeichneten Gegend um die zentralkolumbianische Minenarbeiterstadt Segovia starben daraufhin nach Jahren relativer Ruhe 140 Menschen während des Pipeline-Baus durch Mordanschläge - in einer Stadt von gerade einmal 50.000 Einwohnern! Interessant auch der Fall des nordwestkolumbianischen Departements Chocó an der Grenze zu Panamá: Dort begann die massenhafte Vertreibung der afrokolumbianischen Bevölkerung 1995, nachdem die Regierung in Bogotá im Zusammenhang mit der geplanten amerikanischen Freihandelszone konkrete Projekte für den Bau eines neuen interozeanischen Kanals und die Vollendung der Panamericana-Straße in Auftrag gegeben hatte. Etwas weiter südöstlich wurden mehrere Dutzend Embera-Katio-Indígenas bestialisch hingemetzelt und einige Tausend vertrieben, weil sie sich dem - von einem schwedischen Konsortium geleiteten - Bau des Urrá-Staudamms zur Wehr gesetzt hatten. Im ostkolumbianischen Arauca wiederum bedrohten Paramilitärs und Sicherheitsorgane in den 90er Jahren die einheimischen U'wa-Indígenas, weil diese dem US-Unternehmen *Occidental* nicht erlaubten, auf ihrem Land nach Öl zu bohren. Und schließlich sind die Gewerkschaften in den staatlichen Unternehmen *Ecopetrol* und *Telecom* in den vergangenen Jahren hauptsächlich deswegen immer wieder mit Terrorismusprozessen - die allesamt mit Freisprüchen endeten - überzogen worden, weil die Arbeiterorganisationen gegen die von den neoliberalen Planern geforderte Privatisierung ihrer Betriebe Widerstand leisteten. Fast schon überflüssig darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschafter im Erdöl-, Telekommunikations- und Verwaltungsbereich parallel zu den staatlichen Kriminalisierungsversuchen auch weiterhin Opfer von Anschlägen waren. Allein die gerade einmal 5000 Mitglieder zählende Erdölarbeitergewerkschaft Unión Sindical Obrera (USO) verlor seit 1988 an die 150 Aktivisten durch Attentate. Die archaisch anmutenden Methoden der Paramilitärs, die ihre Opfer auf alle erdenklichen Weisen ermorden - sie zu Tode foltern, mit Motorsägen zerstückeln, ja sogar bei lebendigem Leib an Tiere verfüttern -, stehen nur scheinbar in Widerspruch zu den Modernisierungskonzepten, die diese Taten letztlich motivieren. Vormoderne und Zivilisation, Barbarei und Technologie sind - anders als uns im Vorfeld des Afghanistan-Kriegs weisgemacht wurde - eben keine Gegensatzpaare. Entwicklung und Gewalt, Modernisierung und Terror haben im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder miteinander zu tun gehabt.

Antikapitalismus und Menschenrechte

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen - natürlich lässt sich der Krieg in Kolumbien nicht allein mit den genannten Wirtschaftsinteressen erklären. Gesellschaftliche Konflikte haben immer mehrere Ursache, und es ist ein alter Fehler romantisierender Solidaritätsbewegungen, wahlweise 'die Kolonialmächte', 'den Imperialismus' und 'die reichen Länder' für alle Übel in der Welt verantwortlich zu machen. Eine solche Perspektive entmündigt die Akteure in den betroffenen Staaten. Andererseits ist es jedoch auch Unsinn - wie viele Globalisierungskritiker heute - zu behaupten, es gebe einen 'anständigen', zivilen und einen 'unanständigen', Manchester-Kapitalismus, sozusagen den in Westeuropa erreichten „Normalzustand“ und den abzulehnenden „Skandal“. Wenn ein Unternehmen aus

dem sozialdemokratischen Schweden einen Staudamm in Lateinamerika zu verantworten hat, dessen Bau Massaker und Vertreibung nach sich zieht, zeigt das auf, wie beschränkt der Aktionsradius des Konzept 'soziale Marktwirtschaft' in Wirklichkeit ist. In den Zeiten der Globalisierung vergleichen Unternehmen weltweit Investitionsbedingungen miteinander vergleichen. Entscheidend sind da nicht Firmenphilosophie oder gar parteipolitisches Couleur der Manager, sondern die Standortfaktoren vor Ort: Bildungsniveau, Infrastruktur, aber eben auch flexible Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, wenig staatliche Auflagen, keine oder hörige Gewerkschaften.

Von der Debatte um eine „Zivilisierung des Kapitalismus“ haben wir nichts zu erwarten. Und dennoch wäre es falsch, die herrschenden Zustände einfach nur mit scharfem, kritischem Blick, aber letztlich untätig zu kommentieren. Es liegt an uns, gegen den omnipräsenten „ökonomischen Sachzwang“ konkrete Veränderungen zugunsten der Betroffenen durchzusetzen - z. B. indem wir in konkreten Fällen die Kosten für die *global players* in die Höhe treiben. Wenn der Image-Schaden durch eine öffentliche Kampagne wie die gegen *Nike* für das Unternehmen größer wird als die Gewinne, die sich durch die extreme Ausbeutung Sweatshop-Arbeiterinnen einfahren lassen, muss sich eine Firmenleitung aus ganz rationalen Gründen für eine andere Politik entscheiden.

Im Fall von Kolumbien ist solch eine Solidarität überfällig. Für Bauernorganisationen, Gewerkschaften, Frauengruppen, Indigena- und Afro-Communities ist die internationale Unterstützung die letzte Hoffnung angesichts der drohenden physischen Vernichtung. Die von 150 kolumbianischen Organisationen und Dutzenden von US-amerikanischen, italienischen und belgischen Unterstützerguppen getragene Kampagne gegen *Coca Cola* ist ein konkreter Ansatzpunkt für diese Solidarität. *Coca Cola* und andere Konzerne wie BP, Drummonds, Nestlé müssen dazu gezwungen werden, ihre Verbindungen zum Paramilitarismus abubrechen und den Gewerkschaften volle Aktionsfreiheit zu gewährleisten. Menschenwürde, Organisationsrecht, physisches Überleben sind offensichtlich kein „Normalstandards“ in der heutigen Welt. Nur wer sie erkämpft, wird Alternativen aufzeigen können, die über das hinausreichen, was uns als alternativlos verkauft wird: eine Gesellschaft, deren wichtigste Gesetz die „Akkumulation um der Akkumulation willen“ ist.

Raul Zelik, 1968, ist Schriftsteller. Von ihm erschienen zuletzt der Roman „La Negra“ (Edition Nautilus), der Erzählband „Grenzgängerbeatz“ (Assoziation A) sowie das Sachbuch „Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung“ (ISP-Verlag). Zur Zeit arbeitet er mit Regisseur Detlef Buck an einem Drehbuch.